

MANIFEST: AUF IN DIE #KLIMAWAHL2019!

Die Klimabewegung hat die politischen Achsen in der Schweiz verschoben. Sie erzeugt den Druck, den wir brauchen, um den Klimaschutz und die Klimagerechtigkeit endlich voran zu bringen. Die heute in der Politik bestimmenden Menschen prägen durch ihr Handeln oder Nichthandeln die Zukunft der Jungen, die im Jahr 2050 noch nicht einmal in der Hälfte ihres Lebens angekommen sein werden. Ein Weg aus der Klimakrise ist für die GRÜNEN vordringlich.

Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass der heutige Treibhausgas-Ausstoss zu einer Klimaerwärmung führt, welche die Lebensbedingungen auf unserem Planeten massiv verändert. Die technischen Massnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses liegen auf dem Tisch. Was heute aber fehlt, ist der politische Wille, rasch und konsequent zu handeln. Und dies, obwohl sich alle Länder mit dem Pariser Klimaabkommen völkerrechtlich zum Handeln verpflichtet haben.

Wir GRÜNE setzen uns seit unserer Gründung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Dabei wirken wir immer auch über das aktuell politisch Machbare hinaus. Wir waren die erste Partei, die mit der 1994 lancierten Volksinitiative «[Energie statt Arbeit besteuern](#)» eine ökosoziale Lenkungsabgabe forderte. Neu und innovativ war auch die Initiative für eine Grüne Wirtschaft. Sie wollte die Umweltpolitik umbauen: Weg von der Reparaturabteilung der Verschwendungsgesellschaft hin zu einem modernen Ressourcenmanagement – damit der ökologische Fussabdruck der Schweiz nicht nur im Klimabereich bis 2050 auf eine Erde reduziert werden kann. Mit der breiten Mobilisierung zur grünen Atomausstiegsinitiative verhalfen wir der Energiestrategie 2050 zum Erfolg. Die Fair-Food-Initiative wiederum hatte zum Ziel, die nachhaltige Agrarwende mit Spielregeln für den globalen Handel zu ergänzen. Noch gab es keine Mehrheiten. Doch das wird sich ändern. Dafür kämpfen wir.

Denn die Lage ist ernst. Und weil das so ist, genügen die alten Rezepte nicht mehr. Wir brauchen tiefgreifende Reformen bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten eine hohe Lebensqualität für alle zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir den Wandel demokratisch mit den Bürgerinnen und Bürgern und progressiven Unternehmen gemeinsam anpacken. So wie es die GRÜNEN in den Kantonen und Gemeinden tun.¹

Die dringend benötigten grossen Schritte sind nur mit neuen Mehrheiten im nationalen Parlament möglich. Die Wahlen im Herbst werden deshalb zur Klimawahl. Auch andere Umweltbelastungen haben die globale Tragfähigkeit unserer Erde längst erreicht oder überschritten. Unser Wohlstand muss endlich von der Umweltzerstörung entkoppelt werden. Die Offenheit für die nötigen Veränderungen hängt dabei vom sozialen

¹ Zum Beispiel die Klimainitiativen in den Kantonen Waadt (<http://www.verts-vd.ch/initiative-cantonale-pour-la-protection-du-climat>) und Aargau (<https://www.aargauische-klimaschutzinitiative.ch>). Auch der junge Zürcher Regierungsrat Martin Neukom setzt sich für einen konsequenten Wandel ein: <https://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/100-tage-zuercher-regierungsrat-martin-neukom-will-eine-gesellschaft-ohne-oel-und-gas>.

Zusammenhalt und vom Fairplay in unserer Gesellschaft ab. Für uns GRÜNE ist Umweltpolitik deshalb immer auch mit Fortschritten in der Gleichstellungs- und Sozialpolitik verknüpft. Denn grün geht bei uns nur sozial.

Je besser die GRÜNEN bei den Wahlen im Herbst abschneiden, desto schneller werden wir mit dem nötigen Wandel vorwärtskommen. Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Wir wollen etwas verändern. Denn wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt (Erich Fried). Packen wir es an!

SO GEHT DIE KLIMA- UND UMWELTWEENDE

Die Zeichen in diesem Sommer waren nicht zu übersehen. Gluthitze in den europäischen Städten. Tödliche Waldbrände in Sibirien und im Amazonas. Rekord-Eisschmelze in der Arktis. Extremer Gletscherschwund in den Alpen, verbogene Bahnleise und ein bröckelndes Matterhorn: Nichts ist mehr, wie es war.

Ohne Klimawandel würden solche Hitzerekorde in Europa nur alle tausend Jahre vorkommen.² Wenn die Politik die Treibhausgas-Emissionen nicht rasch auf netto Null senkt, droht eine Erwärmung um das Zwei- bis Vierfache. Dies illustriert eine aktuelle Studie der Schweizer Klimawissenschaft,³ welche die Klimaerwärmung um 2085 mit und ohne Klimaschutz vergleicht:

Mittelland:	Ohne Klimaschutz:	Mit Klimaschutz:
Sommerniederschlag	-40% bis -10%	-15% bis +10%
Wärmster Tag	+4 bis +9 Grad	+0.5 bis +3.5 Grad

Global würden die negativen Folgen bereits drastisch zunehmen, wenn netto Null nicht 2050, sondern erst 2075 erreicht wäre. Damit würde sich die globale Temperaturerhöhung von heute 1 auf 2 Grad verdoppeln. Das hätte zur Folge, dass der Anteil der Bevölkerung, die weltweit unerträglicher Hitze ausgesetzt ist, von 14 auf 37 Prozent steigt. Auch der Verlust der Biodiversität und der Ökosystemleistungen würde sich verdoppeln.⁴ Verzögerungen beim Klimaschutz haben tödliche Folgen für Mensch und Natur. Deshalb verlangt das Pariser Klimaabkommen, dass die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad bleiben soll.

Die Politik muss alles daran setzen, eine globale Erwärmung um mehr als 1,5 Grad zu verhindern. Dazu sind die Treibhausgas-Emissionen global bis spätestens 2050 auf netto

² <https://www.nzz.ch/wissenschaft/klimawandel-hat-extreme-hitzewelle-im-juli-beguenstigt-ld.1499658>

³ https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/klima/fachinfo-daten/klimaszenarien%20ch18.pdf.download.pdf/Klimabroschuere_DE.pdf

⁴ <https://www.wri.org/blog/2018/10/half-degree-and-world-apart-difference-climate-impacts-between-15-c-and-2-c-warming>

Null zu reduzieren.⁵ Damit es gelingt, müssen wir hier und heute konsequente und wirksame Lösungen beschliessen.

Doch auch andere Umweltbelastungen haben längst die globale Tragfähigkeit unserer Erde erreicht oder überschritten (z.B. Biodiversitätsverlust, Urwaldverlust, Phosphor-Eintrag in Ozeane).⁶ Neben gezielten Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen braucht es deshalb eine umfassende und tiefgreifende Reform des Umgangs mit den Naturressourcen. Nur so können wir die gesellschaftlichen Bedürfnisse innerhalb der Tragfähigkeit des Planeten befriedigen.

Entsprechend stellen wir drei Forderungen ins Zentrum, für die sich die GRÜNEN nach den Wahlen vom 20. Oktober 2019 mit voller Kraft einsetzen werden:

1) Der Klimanotstand fordert ein höheres Tempo der Politik statt Rückschritte

i) Verdoppelung des Beratungstempos:

Das neue CO₂-Gesetz ist seit 2017 in Beratung. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird es bis Ende 2020 nicht in Kraft treten können. Damit werden zum Beispiel die Treibhausgas-Emissionen der Neuwagen weiter zunehmen statt sinken. Die Politik muss schneller vorwärts kommen. Dabei geht es nicht um das Aushebeln von demokratischen oder partizipativen Abläufen, sondern um die Priorisierung der klimarelevanten Geschäfte. Konkret verlangen die GRÜNEN, dass die Umweltkommission des Nationalrates für die kommende Beratung des CO₂-Gesetzes in der neuen Zusammensetzung des Parlaments die Sitzungsfrequenz verdoppelt. Die Beratungen müssen im Sommer 2020 abgeschlossen sein.

ii) Klimapolitische Handlungslücke verhindern:

Weil das neue CO₂-Gesetz ewig beraten wurde und mit grosser Wahrscheinlichkeit durch ein Referendum bekämpft wird, müssen die Massnahmen aus dem bestehenden CO₂-Gesetz verlängert und an das Klimaabkommen von Paris angepasst werden. Ohne diesen Schritt fällt beispielsweise die Pflicht über eine Abgabe auf Treibstoffe Klimaprojekte zu finanzieren ab 2021 weg. Und es können mehr ineffiziente, besonders klimaschädliche Fahrzeuge importiert werden. In der Herbstsession wird der Nationalrat über einen Vorschlag seiner Umweltkommission entscheiden. Dann wird auch die FDP den Tatbeweis für ihre Neupositionierung erbringen können. In der Kommission hatte sie Anträge für die Verlängerung und Anpassung von Reduktionsmassnahmen im heutigen CO₂-Gesetz gemeinsam mit der SVP noch abgeblockt. Damit würde die Schweiz sogar die ungenügenden, selbst gesetzten Zwischenziele für das Abkommen von Paris verfehlen. Hier braucht es eine Kurskorrektur.

⁵ https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Planetare_Grenzen

2) CO₂-Gesetz: «Lifere statt Lafere»

Ausser der SVP bekennen sich mittlerweile alle Parteien zum Klimaschutz und zum Abkommen von Paris. Doch wenn es darum geht, entsprechende Massnahmen im Parlament zu unterstützen, fehlen bis heute die Mehrheiten. Die GRÜNEN erwarten in folgenden drei Bereichen eine klare Unterstützung:

i) Netto Null heute anpacken – und bis 2030 klimaneutral werden:

Die Schweiz darf nicht bis 2050 warten, um ihre Emissionen auf netto Null zu senken. Sie ist ein wohlhabendes Land, das früh mit dem Ausstoss von Treibhausgasen im industriellen Ausmass begonnen hat und vom Temperaturanstieg stark betroffen ist. Bundesrat und Parlament sollen sich deshalb am ehrgeizigen Ziel orientieren, bis 2030 klimaneutral zu sein.⁷ Dazu müssen in erster Linie die Emissionen im Inland gesenkt und CO₂ der Atmosphäre entzogen werden – zum Beispiel durch Begrünung und humusreiche Böden (Kohlenstoffsinken). Massnahmen im Ausland müssen einen Beitrag an die Nachhaltigkeitsziele der UNO (Sustainable Development Goals) leisten und die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung verbessern. Bei Importprodukten sollen die Emissionen der gesamten Wertschöpfungskette reduziert und so direkt die im Ausland entstehenden «grauen Emissionen» vermindert werden. Zudem ist die in der Energiestrategie angestossene, aber auf 2022 und 2030 limitierte Förderung der erneuerbaren Energien zu verlängern und massiv auszubauen. Eine beschleunigte Energiewende ist für das Erreichen der Klimaziele entscheidend.

ii) Finanzplatz in die Verantwortung nehmen:

Die vom Schweizer Finanzplatz gesteuerten Aktivitäten verursachen ein Zwanzigfaches der einheimischen Treibhausgas-Emissionen.⁸ Die GRÜNEN legen hier deshalb seit Jahren einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Finanzinstitute müssen ihre direkten und indirekten Investitionen in klimafeindliche und klimafreundliche Anlagen transparent deklarieren und regelmässig Risiken und Opportunitäten analysieren. Weiter soll die Finanzbranche bis 2024 eine Roadmap erstellen, in welcher sie aufzeigt, wie sie bis 2030 kompatibel mit den Zielen des Abkommens von Paris und dem 1,5-Grad-Ziel werden kann (verbindlicher Absenkpfad). Auch die Nationalbank muss den verfassungsmässigen Auftrag zur Nachhaltigkeit in ihren Geschäften berücksichtigen.⁹ Und last but not least muss sich die öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) verpflichten, das

⁷ Die konkreten Massnahmen sind in der Vernehmlassung der Grünen zum CO₂-Gesetz und in verschiedenen Resolutionen zusammengefasst: <https://gruene.ch/umwelt/energie-und-klima/klima>.

⁸ <https://www.wwf.ch/sites/default/files/doc-2017-09/2016-05-Studie-Klima-Masterplan-Klima-Allianz.pdf>

⁹ vgl. die GRÜNE Forderung in der abgelehnten Pa.Iv. 17.455 Thorens (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170455>) und weitere Vorstösse von Adele Thorens: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20193766>; <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20193127>.

Finanzvermögen und die Pensionskassengelder **gestützt auf eine Nachhaltigkeitsstrategie anzulegen. Die GRÜNEN haben hier in Kantonen und Städten bereits sehr viel erreicht.**¹⁰

iii) Klimagerechtigkeit stärken:

Der Klimawandel bedroht die Existenz der Ärmsten dieser Welt, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Die Schweiz soll deshalb für eine verursachergerechte Finanzierung der Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in den betroffenen Ländern und der Entschädigung der durch den Klimawandel zerstörten Lebensgrundlagen sorgen.

3) Wirtschaften innerhalb unserer ökologischen Grenzen

Die natürlichen Produktionsmittel sind begrenzt. Weder Boden noch die Biokapazität der Erde lassen sich vermehren. Und trotzdem verbraucht die Weltbevölkerung heute mehr als eineinhalb Mal so viele Ressourcen, wie die Erde langfristig zur Verfügung stellt. Auf zu grossem Fuss leben vor allem westliche Länder wie die USA oder die Schweiz. Durch die Übernutzung und Verschwendung von natürlichen Ressourcen schaffen sie eine neue Dimension der globalen Ungerechtigkeit. Immer noch leben über 10 Prozent der Weltbevölkerung in extremster Armut und ohne gesicherten Zugang zu Gesundheit, Bildung, Hygiene und Trinkwasser. Auch die ökonomische Ungleichheit nimmt in vielen Ländern zu. Die reiche Schweiz steht deshalb in der Verantwortung, sich stärker für die Umsetzung der UNO-Entwicklungsziele zu engagieren. Neben gezielten Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgase braucht es auch eine umfassende Reform des wirtschaftlichen Wertesystems, um innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten eine hohe Lebensqualität für alle zu schaffen. Dazu ist eine breite Diskussion über die «Ökonomie des guten Lebens» nötig.

Wirtschaftlicher Erfolg wird heute ausschliesslich am Bruttoinlandprodukt BIP gemessen. Dabei spielt es für die Mainstream-Ökonomen keine Rolle, ob ein hohes BIP zur Zerstörung von natürlichen Ressourcen oder von sozialem Zusammenhalt führt. Um in einer Zeit der Umbrüche tragfähige Lösungen zu entwickeln, muss der Wohlstandskompass neu ausgerichtet werden und auch die gesellschaftlichen Grundbedürfnisse sowie die ökologischen Grenzen umfassen. Statt die Menschen auf einen egoistischen *homo oeconomicus* zu reduzieren, sollen Empathie (Care) und private Kooperationen (Commons) neben Marktwirtschaft und Staat mehr Platz erhalten. Auf dieser Basis kann eine ressourcenschonende und solidarische Wirtschaft entwickelt werden.

In der nächsten Legislatur sind neben den notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Reformen im Bereich der sozialen Sicherheit, der Gleichstellung, der digitalen Grundrechte, der Bildung und Forschung oder des Verbraucherschutzes (siehe

¹⁰ Ein aktueller Überblick findet sich hier: <http://www.klima-allianz.ch/blog/pensionskassen>.

[Wahlprogramm der GRÜNEN Schweiz](#)) mit *Fokus auf die ökologischen Grenzen* folgende Projekte anzustossen:

i) Schub für die Grüne Wirtschaft:

Die Ziele der Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft sind heute aktueller denn je. Durch das Schliessen der Stoffkreisläufe sollen die Verschwendung von knappen Ressourcen und die Produktion von Abfall und Altlasten vermieden werden. **Dazu fordern wir einen zweiten Anlauf für den Gegenvorschlag «Grüne Wirtschaft» im neuen Parlament.** Die GRÜNEN haben mit Verbündeten aus fast allen Parteien zusammen bereits erste Vorstösse zur Förderung der Kreislaufwirtschaft eingereicht.¹¹ Auch importierte Rohstoffe müssen ökologischen Mindeststandards entsprechen. Die GRÜNEN haben dazu erfolgreiche [Vorschläge eingebracht](#), nicht nur für Holz, sondern auch für andere ökologisch kritische Produkte wie Soja, Palmöl, Baumwolle oder Meeresfrüchte. Damit reduziert die Schweiz ihren Fussabdruck und trägt auch global zur Reduktion der Umweltbelastung bei.

ii) Verkehrswende durch grüne Siedlungen und Vernetzung:

Die starke Umweltbelastung des wachsenden Verkehrs kann durch neue Antriebstechnologien und Road Pricing allein nicht bewältigt werden. Statt auf dem knappen Kulturland in der Schweiz immer mehr Strassen zu bauen, soll eine neue Verkehrs- und Wohnbaupolitik die Lebensqualität erhöhen. Das beginnt bei der Raumplanung und der Siedlungsentwicklung. Durch den Bau und die Erneuerung von gemeinschaftsfreundlichen Siedlungen mit hohen ökologischen Standards und guter ÖV-Anbindung werden Wege verkürzt und Verkehr reduziert. Viel ungenutztes Potenzial steckt auch in der Digitalisierung. Mit Homeoffice, «shared working spaces» und Web-Konferenzen ist heute Vernetzung möglich, ohne die Umwelt stärker zu belasten. **Die GRÜNEN setzen sich in der kommenden Legislatur dafür ein, Mittel aus dem Strassenfonds in die Verkehrswende statt in den Strassenbau umzuleiten und den Anteil für die Agglomerationsprogramme zu erhöhen.**

iii) Nachhaltige Landwirtschaft:

Statt mit Pestiziden und steigendem Nährstoffüberschuss das Trinkwasser und die Artenvielfalt zu gefährden, braucht es eine umwelt- und klimafreundliche Agrarpolitik. **Die GRÜNEN wollen den Anteil der biologischen Landwirtschaft und der gesunden, umweltfreundlich und fair produzierten lokalen Lebensmittel**

¹¹ [Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken: Ressourceneffizienz im Umweltschutz-Gesetz aufnehmen](#);
[Schweizer Kreislaufwirtschaft weiterführen: Sammlung und Recycling statt Abfallberge](#);
[Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken: Plattform für Schweizer Ressourceneffizienz](#);
[Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken: Effizienzsteigerung bei Abfallanlagen und bei der Verwertung von Abfällen](#);
[Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken: Umweltbelastung im Ausland berücksichtigen](#);
[Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken: mehr Wiederverwertung von Abfällen](#).

stärken. Mit der Agrarpolitik 2022 (AP22+), mit der beschleunigten Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, mit Gegenvorschlägen zu den verschiedenen Volksinitiativen im Bereich Pestizide, Trinkwasser und Massentierhaltung kann das Parlament in der nächsten Legislatur entscheidende Weichen stellen. Eine wichtige Rolle spielen auch die Freihandelsabkommen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stärkung der nachhaltigen Landwirtschaft in der Schweiz nicht durch pestizid- und hormonbelastete Lebensmittelimporte aus klimaschädlicher Herkunft mit entwürdigenden Arbeitsbedingungen ausgehebelt wird. Der Handel muss gemäss Bundesverfassung die nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft stärken. Dieser Auftrag aus einer Volksabstimmung soll endlich ernst genommen werden.

SO KOMMEN WIR VORAN: INNOVATION MIT KLUGEM INSTRUMENTEN-MIX

Um unsere Ziele zu erreichen, arbeiten wir GRÜNE eng mit Bewegungen und Organisationen zusammen. In über 30 Jahren engagierter Umwelt- und Klimapolitik haben wir gelernt, dass oft verschiedene Wege zum Ziel führen können. Damit das richtige Mittel am richtigen Ort eingesetzt werden kann, beurteilen wir konkrete Massnahmen nach folgenden Kriterien:

1) Wirksamkeit:

Die Wirksamkeit einzelner Umwelt-Instrumente hängt von der Ausgestaltung ab. Dabei steckt der Teufel oft im Detail. Optimale Vorschläge zum Beispiel für die Definition von sozialen Lenkungsabgaben können oft erst nach aufwändigen Wirkungsanalysen entwickelt werden. Es ist deshalb nicht zielführend, Instrumente pauschal gegeneinander auszuspielen. Das Beharren auf einem einzigen Lösungsansatz ist oft eine Ausrede, um am Ende gar nichts zu tun. Das ist nicht der grüne Weg.

2) Soziale Gerechtigkeit:

Da sich wegen dem Druck der Klimabewegung nun auch Parteien mit wenig sozialer Sensibilität zum Klimaschutz bekennen, kann die Frage der Tragbarkeit und der Gerechtigkeit nicht genug betont werden. Der Flop von Macrons Klimapolitik zeigt dies eindrücklich auf. Für die GRÜNEN ist klar, dass zum Beispiel Instrumente wie Lenkungsabgaben als Ökobonus sozial zurückvergütet werden müssen oder dass sie klimafreundliche Alternativen zu fossilen Technologien für einkommensschwache Haushalte verbilligen. Die aktive Förderung klimafreundlicher Infrastrukturen (z.B. durch staatliche Subventionen oder Darlehen) ist zielführender als Steuerabzüge.

3) Gesellschaftliche Akzeptanz:

Ein Instrument und seine Ausgestaltung können noch so wirksam sein: Ohne gesellschaftliche Akzeptanz werden sie keine Mehrheit finden und damit scheitern. Jeder Schritt nach vorne muss deshalb die gesellschaftliche Akzeptanz miteinbeziehen. Diese ist allerdings nicht in Stein gemeisselt. Wir sehen die Aufgabe der GRÜNEN auch darin,

das Verständnis für Innovation und Umweltmassnahmen zu fördern und dabei immer zwei Schritte voranzugehen.

Aufgrund dieser Kriterien sowie unserer langjährigen Erfahrung in der Umweltpolitik, sind vor allem vier Instrumente für eine griffige Klimapolitik hervorzuheben:

1) Lenkung und Anreize:

Im Bereich der fossilen Brennstoffe (CO₂-Abgabe), Lösungsmittel (VOC-Abgabe) und im Schwerverkehr (LSVA) bestehen heute erfolgreiche und wirksame Lenkungsabgaben. Mit einer Pro-Kopf-Rückverteilung trägt eine Lenkungsabgabe zum sozialen Ausgleich bei. Sie kann aber auch andere Ziele haben und wie zum Beispiel die LSVA Infrastrukturen mitfinanzieren oder die externen Kosten decken. Ein vergleichbares Potenzial sehen die GRÜNEN bei der Einführung von Road Pricing: Anstatt Strassen auszubauen sollen damit Verkehrsspitzen geglättet werden. Neben finanziellen Anreizen können auch sogenannte «Schubser» wie zum Beispiel Energielabels oder Standardeinstellungen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

2) Förderung und Finanzierung:

Die Förderung von fossilfreien Infrastrukturen wird idealerweise mit einer Finanzierungslösung verbunden. So wird es beispielsweise bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) praktiziert. Um die Warteliste für erneuerbare Energieprojekte endlich abzubauen, muss die KEV umgebaut, erhöht und zeitlich verlängert werden. Eine Verbindung von Lenkung und Finanzierung kann die Akzeptanz und Wirksamkeit einer Lenkungsabgabe erhöhen. Deshalb soll auch die von den GRÜNEN geforderte Flugticketabgabe teilweise für die direkte Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen verwendet werden.

3) Lenkung über Grenzwerte und Mindeststandards:

Für Neuwagen bestehen heute CO₂-Grenzwerte. Diese werden aktuell aber nicht eingehalten, was zeigt, dass die entsprechenden Sanktionen zu tief sind. Ein Problem ist auch das komplexe System der Flottenziele. Strikte Grenzwerte sind sehr viel wirksamer, weil sie die Autoimporteure dazu zwingen, CO₂-ärmere Autos zu verkaufen. Damit werden auch die Treibstoffkosten für die Haushalte gesenkt. Nationale CO₂-Grenzwerte müssen aus Sicht der GRÜNEN auch für Gebäudeheizungen eingeführt werden. Auch für weitere umweltschädliche Produkte sind Grenzwerte oder Mindeststandards einzuführen, wie diese heute bereits für zahlreiche Geräte und Agro-Treibstoffe und bald auch für Holzprodukte gelten.

4) Verbote:

Für besonders umweltschädliche und unnötige Produktionsmethoden, Stoffe und Produkte sind Verbote das wirksamste Instrument. In der Geschichte der Schweiz wurden bereits viele umweltschädliche Substanzen durch Verbote aus dem Verkehr gezogen und durch verträgliche ersetzt. Der zwingende Ersatz von giftigen Wirkstoffen und risikobehafteten Verfahren ist heute auch bei Pestiziden oder der Atomenergie nötig. Ab 2030 sollen zudem neue Anlagen und Fahrzeuge, die fossile Energie

verbrennen, grundsätzlich nicht mehr neu installiert oder in Verkehr gebracht werden. Ausnahmen können nur in begründeten Fällen und unter Auflagen erlaubt werden.

Im Rahmen dieses Instrumenten-Mixes können eine Vielzahl von sinnvollen, sozial und wirtschaftlich tragbaren Lösungen entwickelt werden. Ähnlich wie in den Gründerzeiten der modernen Schweiz ist heute wieder Innovation und Pioniergeist gefragt. Wir können uns nicht auf den Leistungen und Infrastrukturen der früheren Generationen ausruhen, sondern müssen neue Lösungen für das 21. Jahrhundert entwickeln. Wir GRÜNE sind überzeugt davon, dass es für Gesellschaft und Wirtschaft von grossem Vorteil ist, wenn die Schweiz netto Null deutlich vor 2050 erreicht. Machen wir aus technischem Wissen deshalb gesellschaftlich nutzbringende und klimafreundliche Innovation und schaffen wir die Arbeitsplätze der Zukunft – jetzt!

Eines ist weiter klar: Die aufgeführten Instrumente müssen laufend weiterentwickelt und optimiert werden. Und am Schluss kann die Bevölkerung zu jeder Massnahme ja oder nein sagen – wir leben ja zum Glück in einer Demokratie.

Die starke Unterstützung für die GRÜNEN zeigt, dass die Bevölkerung durchaus handeln will. Wir können das Handeln aber nicht nur an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger delegieren, sondern müssen vernünftige politische Rahmenbedingungen setzen. Hierzu hat die Bevölkerung bei den Wahlen im Herbst eine einmalige Chance, Klima- und Umweltgeschichte zu schreiben.